

Protokoll der 18. Schulkonferenz 3. März 2016 (teil-anonymisiert)

Tagesordnung	<ol style="list-style-type: none">1. Formalia2. Aktuelle Stunde (Anliegen aus den Klassen)3. Jahresbericht 2014/2015 / Jahresplanung 2015/20164. Evaluation 2014/20155. Verschiedenes
Teilnehmende	Schüler_innen aus der V13a, V13b, V14, J/V14, V15 und J/V15 Fortbildungsteilnehmer_innen aus dem VFW-Lehrgang hauptamtliche Lehrkräfte: Gutschy, Dr. Kalmbach, Klein, Kummer, Loboda Lehrbeauftragte: ----- nicht unterrichtendes Personal: 2 Personen Arbeitgebervertreter_innen: Kriesten (AFZ); Müller (HOLG) Arbeitnehmervertreter_innen: Menzel (GPR); Besecke (APR) Schulleitung: Wendel, Dr. Grashoff, Eleftherakis, Lessing
Ort:	AFZ Raum B 09
Dauer:	15:00 – 17:20 Uhr
Leitung:	Holger-Andreas Wendel
Protokoll:	Katja Lessing

TOP 0 Formalia

Der Direktor der Verwaltungsschule Holger Wendel begrüßt die anwesenden Teilnehmer_innen der 18. Schulkonferenz und hebt im Rahmen der Vorstellungsrunde folgende Veränderungen im Kollegium der Verwaltungsschule seit der 17. Schulkonferenz hervor:

- Dr. Peter Kalmbach hat sich im Auswahlverfahren durchgesetzt und verstärkt das Verwaltungsschulkollegium seit dem 1. März als hauptamtliche Lehrkraft in Rechtsfächern.
- Katja Lessing ist Fachbereichsleiterin des neuen Fachbereichs 3 – Eingangsqualifizierung – und als solche Mitglied der erweiterten Schulleitung.
- Stefan Kummer und Ramona Klein sind vom Amtsgericht an die Verwaltungsschule teilabgeordnet und verstärken seit Beginn des Schuljahres das Lehrerkollegium der Verwaltungsschule im Bereich der Justizfachangestellten.
- Schon seit 1. Januar 2015 ist Monika Loboda Lehrerin an der Verwaltungsschule, schwerpunktmäßig in Verwaltungslehre, bei den Kaufleuten für Büromanagement und in der IT-Qualifizierung.

Die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Herr Wendel informiert alle anwesenden Gruppen über die Stimmanteile bei möglichen Abstimmungen.

Die Versammlung stimmt der vorgeschlagenen Tagesordnung zu.

Das Protokoll der 17. Schulkonferenz wird genehmigt.

TOP 1 Aktuelle Stunde (Anliegen aus den Klassen)

- Die Klasse **V13a** merkt an, dass die Informationen über die **Notengewichtung** der einzelnen Fächer mittlerweile nicht mehr zusammen **mit den Stundenplänen** an die Schüler_innen ausgehändigt werden, obwohl dies bei der 17. Schulkonferenz zugesagt worden ist. Holger Wendel vermutet, dass es sich um ein einmaliges Versehen handelt; eigentlich würde immer so verfahren, wie auf der letzten Schulkonferenz verabredet. Petra Eleftherakis als „Stundenplanverantwortliche“ in der Ausbildung und Anja Lutz aus dem Schulsekretariat bestätigen dies.
- Die Klasse **V13a** mahnt die angekündigte **Anschaffung von abschließbaren Schränken und zusätzlichen Mülleimern** für die Klassenräume an. Die Mülleimer reichen angesichts der Schüler_innenzahl und der Doppelbelegung der Klassenzimmer nicht aus. Aufgrund der Doppelbelegung sei es notwendig, zusätzliche abschließbare Schränke bereit zu stellen. **Holger Wendel** kündigt an, dass es ab dem Schuljahr 2016/2017 aufgrund deutlich erhöhter Schüler_innenzahl vermehrt zu Doppelbelegungen kommen wird und die Raumbellegung zusammen mit der Schranklösung im Rahmen eines Gesamtkonzeptes umgesetzt werden soll. **AFZ 10** kündigt an, dass zusätzliche Müllbehälter wegen der Haushaltssperre frühestens ab Sommer/ Herbst 2016 angeschafft werden könnten.

Holger Wendel dankt der Zentralverwaltung für ihren Einsatz bei der Umgestaltung des Außengeländes.

- Die Klasse **V13a** kritisiert die Situation in der **Küche im Block B**. Das Besteck sei mittlerweile nahezu vollständig abhandengekommen. Auch aus den Schränken, die allerdings nicht mehr abgeschlossen seien, würden immer wieder von den Schüler_innen mitgebrachte Sachen verschwinden. **Dr. Patricia Grashoff** merkt an, dass sich Besteck vereinzelt in den Klassenzimmern befindet, und regt an, die Fensterbänke gelegentlich aufzuräumen. **Eine Schülerin der V15** bietet an, übergangsweise Besteck für alle von zu Hause mitzubringen. **Holger Wendel** erklärt, dass nicht jedes Jahr neues Besteck angeschafft werden könne.
- Die **V14** weist darauf hin, dass durch die Doppelnutzung des Klassenraums **Unterlagen der Schüler_innen** verlegt seien. **Holger Wendel** erklärt, dass auch zukünftig Sachen der Schüler_innen nicht immer am Platz liegen bleiben können, da die Klassenräume vermehrt doppelt genutzt werden müssten. Er regt insbesondere für Klassen, die während der Praxisblöcke nur zu Berufsschultagen kommen, an, Unterlagen mit nach Hause zu nehmen.
- Die **V13b** bemängelt, dass die **Küche** sehr stark verschmutzt sei. Außerdem kritisiert sie die **Unordnung in den Klassenräumen** einschließlich der Fensterbänke. Zudem seien die Herrentoiletten sehr unordentlich und dreckig seien. Diese Probleme sollen von den Klassensprecher_innen und den Klassenlehrer_innen in den Klassen angesprochen und innerhalb der Schülerschaft gelöst werden.
- Ein_e Schüler_in übergibt der Schulleitung im Namen des **Ausbildungspersonalrats** eine Unterschriftenliste mit 62 Unterschriften der Schüler_innen. Die Schüler_innen fordern darin, die **Sportstätte zu wechseln**. Begründet wurde die Forderung mit den nach Ansicht der Schüler_innen unzureichenden Räumlichkeiten. So gebe es keine Umkleieräume und keine Duschkabine und die Böden seien dreckig, weshalb der Sportunterricht dort insgesamt unzumutbar sei. Die Schüler_innen geben an, stattdessen lieber in einer klassischen Schulsporthalle Sportunterricht erhalten zu wollen.

Thomas Gutschy (Fachleiter Sport) erklärt, dass der Sportunterricht aufgrund eines personellen Engpasses an Sportlehrer_innen in ein Tanz-/Fitnesscenter ausgelagert worden sei. Sport könne nicht ausfallen, da es für Berufsschüler_innen (JuFA und VFA) verpflichtendes Unterrichtsfach ist.

Die Lage des Centers sei optimal, der Weg dauere nur 10 Minuten. Es biete ein gesundheitsorientiertes Fitnesstraining, gegen das weder inhaltlich noch methodisch oder sportmedizinisch Bedenken bestünden.

Die Umkleidebedingungen seien seines Erachtens zumutbar. Es gebe abgetrennte Tanzsäle, so dass nach Geschlechtern getrenntes Umkleiden möglich sei; alternativ böte sich das Umkleiden in den Toilettenräumen an.

Laut Senatorin für Bildung gebe es keine Richtlinien für die Ausstattung von Sportstätten. Thomas Gutschy bedauert das Fehlen von Duschkabellen. Dies sei aber in der Vergangenheit seiner Erfahrung nach von Schüler_innen nie als besonders wichtig angesehen worden. Alternativ bestünde eventuell im AFZ selbst die Möglichkeit zu duschen.

Thomas Gutschy kündigt an, dass sich die personelle Situation in absehbarer Zeit wahrscheinlich etwas verbessern wird, so dass dann die Möglichkeit eines herkömmlichen Sportunterrichts (einschließlich Benotung des Fachs!) nach den Sommerferien wieder bestehe.

Holger Wendel bedankt sich bei den Schüler_innen für die Unterschriftenliste und lobt die „professionelle“ Vorgehensweise.

Er betont die rechtliche Verpflichtung und den Willen der Schule Sportunterricht auch zukünftig anzubieten. Dies sei schon aus Gründen der Gesundheitsfürsorge geboten. Man wolle deshalb grundsätzlich am Schulsport festhalten.

Holger Wendel verspricht, dass Schulleitung und Fachleitung die Wünsche der Schüler_innen hinsichtlich der Bedingungen des Sportunterrichts ernsthaft prüfen und verantwortungsbewusst damit umgehen werden. Eine Entscheidung werde zeitnah kommuniziert.

- Eine Klasse berichtet über Probleme im Fach **Verwaltungsverfahren**. Es sei inhaltlich sehr viel Stoff, der innerhalb kurzer Zeit vermittelt werde, was Auswirkungen u.a. auf die mündliche Bewertung habe.

Holger Wendel möchte das Thema zunächst zurückstellen, um die beteiligte Lehrkraft zu hören. Er betont, dass für derartige Probleme vorrangig mit der zuständigen Fachleitung gesprochen werden sollte.

Dr. Patricia Grashoff als zuständige Fachleiterin appelliert an die Schüler_innen, sich zur Klärung neben den Klassenlehrer_innen auch an die jeweilige Fachleiter_in zu wenden und verspricht, sich dieses Themas anzunehmen.

- Die **J/V 15** fragt an, ob es realisierbar sei, sich dem Thema „Wie können **Änderungen von Gesetzen** beziehungsweise sonstigen Rechtsvorschriften bewirkt werden“ im Rahmen eines Projektes zu widmen. Diese Idee sei der Klasse nach dem Unterricht bei Frau Lessing im Fach Personal bei der Feststellung eines noch nicht angepassten Gesetzestextes gekommen und Frau Lessing habe die Idee befürwortet.

Holger Wendel begrüßt die Idee. **Katja Lessing** erklärt sich bereit, Überlegungen zur Konkretisierung eines solchen Projektes anzustellen.

TOP 2 Jahresbericht 2014/ 2015 – Jahresplanung 2015/ 2016

Der Jahresbericht 2014/2015 und die Jahresplanung 2015/2016 werden der Schulkonferenz zur Kenntnisnahme bzw. zur Verabschiedung vorgestellt. Sie werden nicht getrennt, sondern zusammen behandelt. Jahresbericht und Jahresplanung waren zuvor auf der Website der Verwaltungsschule veröffentlicht worden und werden den Mitgliedern der Schulkonferenz nochmals ausgehändigt.

Holger Wendel hebt folgende Punkte aus dem Jahresbericht und der Jahresplanung hervor:

- Die **Unterrichtsverpflichtung** ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Von 41,4 Unterrichtsstunden pro Schultag im Jahr 2012/2013 stieg die Zahl auf 43,5 im Schuljahr 2014/2015. Im laufenden Jahr sind 46,5 geplant. Grund hierfür sind insbesondere die neu hinzugekommenen dienstbegleitenden Unterweisungen für die Kaufleute für Büromanagement und die neuen Einstiegsqualifizierungen für Quereinsteiger_innen. Dies ist eine Maßnahme für die neuen Mitarbeiter_innen, die im Zuge des Sofortprogramms zur Entlastung der Verwaltungen, die besonders mit der Betreuung von Geflüchteten zu tun haben, eingestellt wurden. Entlastend wirkte sich aus, dass der geplante Aufstiegslehrgang 2.1./ Verwaltungsfachwirte in diesem Schuljahr bisher nicht zustande kam.
Im nächsten Schuljahr werden noch mehr Stunden zu unterrichten sein. Neben den dann drei Jahrgängen dienstbegleitender Unterweisung für Kaufleute für Büromanagement und den durchgängig in zwei Parallelkursen durchzuführenden Einstiegsqualifizierungen für Quereinsteiger_innen, liegt dies an den vom Senat beschlossenen Auszubildendenzahlen: Es werden 50 Verwaltungsfachangestellte, 25 Justizfachangestellte und 17 Justizvollzugsdienst-Anwärter_innen eingestellt.
In personeller Hinsicht sind die Kapazitäten längst überschritten. Die hauptamtlichen Lehrkräfte haben in den vergangenen Jahren insgesamt ca. 3000 Überstunden angesammelt, was drei sogenannten „Mannjahren“ entspricht. Zwar konnte die Zahl der Überstunden durch konkrete Maßnahmen soweit abgebaut werden, dass zu Beginn dieses Schuljahres die Überstundenzahl für eine logische Sekunde auf null stand. Dennoch hat sich mittlerweile erneut Mehrarbeit von ca. 800 Stunden angehäuft.
Verstärkt wird diese Situation auch dadurch, dass es immer schwieriger wird, geeignete nebenamtlich tätige Lehrkräfte zu finden. Einerseits wird der externe Arbeitsmarkt enger, andererseits fällt es geeigneten Mitarbeiter_innen in der Verwaltung wegen wachsender Arbeitsintensität immer schwerer, sich für die Lehre frei zu machen. Die Anerkennung für nebenamtliche Lehrkräfte bei Vorgesetzten fällt in der Regel eher dezent aus, die fachlichen und pädagogischen Anforderungen an sie dagegen steigen. Mittelfristig setzt sich deshalb die Schulleitung für einen Paradigmenwechsel im Lehrer_inneneinsatz ein: Statt regelmäßig ein Drittel der Ausbildung nebenamtlich zu gestalten, sollte durchgängig hauptamtliche Lehre zur Regel werden und der Einsatz nebenamtlicher Lehrkräfte dann erfolgen, wenn er pädagogisch sinnvoll ist, z.B. als Expert_innen aus der Praxis.
Der gewachsenen Belastung entgegengesteuert werden konnte bisher durch eine neue Lehrkraft für die dienstbegleitende Unterweisung der Kaufleute für Büromanagement sowie eine zusätzliche Lehrkraft für den vermehrten Bedarf durch die Einstiegsqualifizierungen für Quereinsteiger_innen. Außerdem wird es eine Verstärkung wegen der vierzügigen Ausbildungsplanung geben.
- Die **Abbrecherquote** im Ausbildungsbereich liegt mit 2,61% gleichmäßig niedrig. Allerdings ist hier eine Häufung vor allem in einer Klasse zu beobachten, die genauer betrachtet werden muss. In der Aufstiegsfortbildung hat kein_e Teilnehmer_in die Fortbildung abgebrochen.
- Der **Stundenausfall** konnte im Schuljahr 2014/2015 auf 2,53% gegenüber 4,8% im Vorjahr fast halbiert werden. Dies ist ein vergleichsweise guter Wert, der aber das ambitionierte Ziel von weniger als 1% noch nicht erreicht. Verglichen mit dem Ausfall an anderen beruflichen Schulen steht die Verwaltungsschule dennoch sehr gut da. In den vergangenen Jahren waren die Stundenausfälle maßgeblich durch den Ausfall des Sportunterrichts bedingt, was erfreulicherweise nicht mehr der Fall ist. Die Stundenausfälle sind überwiegend auf krankheitsbedingten Ausfälle zurückzuführen, was sich nicht immer vermeiden lässt. Eine Vertretung lässt sich durch die überlasteten Lehrkräfte leider nicht immer sicherstellen.
- Die **Prüfungsbilanz** 2014/2015 fällt im Ausbildungsbereich sehr positiv aus. Alle zur Prüfung angetretenen VFA, JuFA- und JVD-Anwärter_innen haben bestanden, davon etwa die Hälfte sogar mit „gut“ oder „sehr gut“. Durchwachsener ist das Ergebnis bei den Verwaltungsfachwirten. Deutlich verbessert haben sich die Zertifikatsergebnisse im Tastaturtraining. Hier haben

100% der Schüler_innen einen Zertifikatsabschluss erreicht, was sehr erfreulich ist. Auch die Englisch Zertifikatsprüfung KMK Niveau II haben 12 Schüler_innen mit überwiegend guten Ergebnissen abgeschlossen.

- Bei der **Schulentwicklung im Ausbildungsbereich** stand die Verwaltungsschule vor großen Herausforderungen. Lehrplan und Unterrichtskonzepte für die **dienstbegleitende Unterweisung der Kaufleute für Büromanagement**, die ihren Berufsschulunterricht an anderen Schulen absolvieren, mussten neu erstellt werden. Das Feedback der Auszubildenden hinsichtlich der dienstbegleitenden Unterweisung ist sehr positiv. (Es wurde bereits des Öfteren der – nicht realisierbare(!) – Wunsch geäußert, auch den Berufsschulunterricht an der Verwaltungsschule zu absolvieren.)
Verwaltungsschule und AFZ40 haben sich auf Kriterien zur Übernahme auf Stellen in der Kernverwaltung nach der Ausbildung sowie zur Anerkennung der Ausbildung für den Weiterbildungsberuf „Verwaltungsfachwirt_in“ verständigt, die der Senatorin für Finanzen vorge schlagen wurden.
- **Die Vertreterin des Gesamtpersonalrats** fragt an dieser Stelle nach, ob es hinsichtlich der Kriterien eine Beteiligung des Gesamtpersonalrats geben wird. Holger Wendel versichert, dass es sich bislang nur um einen Vorschlag an die einstellende Stelle (SF 33) handele, die vor dessen Realisierung bestimmt auch den Gesamtpersonalrat beteiligen werde. Zweck des Vorschlages sei es, die Wertigkeit der dienstbegleitenden Unterweisung zu erhöhen und damit auszugleichen, dass die meisten Auszubildenden weder in der Berufsschule noch in den Wahlqualifikationen (ein Drittel der praktischen Ausbildung) verwaltungsspezifisch ausgebildet würden.

Es ist gelungen, den **Unterricht für die Justizfachangestellten** auf eine professionellere Basis zu stellen. Seit Beginn dieses Schuljahres hat die Verwaltungsschule zwei hauptamtliche Lehrkräfte, beide Rechtspfleger_innen, die jeweils mit der Hälfte ihrer Arbeitszeit an der Verwaltungsschule tätig sind. Die Zwischenbilanz nach etwas mehr als 100 Tagen fiel für beide Seiten sehr erfreulich aus.

Es wird angestrebt, ein ähnliches Modell auch für die **Ausbildung des mittleren Justizvollzugsdienstes** zu realisieren.

In Zusammenarbeit mit der AFZ-Lehreinheit wurde die **Optimierung unserer IT-Ausbildung** begonnen, auch wegen neu gewonnener Kompetenz im eigenen Lehrkörper.

- Die **V14** fragt an dieser Stelle nach der Möglichkeit an der Verwaltungsschule **WLAN** zu nutzen.
Holger Wendel bedauert die fehlende Anbindung an das Internet und bekräftigt das große Interesse der Schulleitung, diese Möglichkeit zu schaffen. Gleichzeitig bestünden aber Hindernisse, die seitens der Schule nicht allein und nicht schnell lösbar seien. Seitens der Senatorin für Finanzen sei eine Anbindung ans „freie“ Internet aus IT-Sicherheitsgründen schwierig. Es bestehe eher die Möglichkeit über die Senatorin für Bildung an das dortige Bildungsnetz angeschlossen zu werden. Dies setze aber eine Ausnahmegenehmigung voraus, die seitens der Schulleitung angestrebt werde.

Ferner wurde für die **Einstiegsqualifizierung für Quereinsteiger_innen** ein neues Curriculum erstellt.

Aus diesen Gründen musste die erforderliche kompetenzorientierte Überarbeitung des Lehrplans für Verwaltungsfachangestellte erneut verschoben werden. Dies bleibt aber eines der wichtigsten Ziele in nächster Zeit.

- Im **Fortbildungsbereich** konnte die Überarbeitung des **Curriculums für den ersten Teil des VFW-Lehrgangs** weitgehend abgeschlossen werden: mehr IT-Kompetenz und, mit Blick auf die anschließende Studiermöglichkeit im Weiterbildungsmaster „Komplexes Entscheiden“ an der Uni Bremen, mehr selbstorganisiertes Lernen, mehr Arbeitsmethodik, mehr wissenschaftliche Arbeitsweise.
Erstmalig konnten Erfahrungen gesammelt werden mit dem völlig neu gestalteten **dritten Fortbildungsjahr**, das einen Projektanteil und eine neue Form der praktischen Prüfung hat. Der nunmehr zweite Durchgang der mündlichen Abschlusskolloquien läuft gerade. Insgesamt ist dies ein gelungenes Modell.
- Ganz neu sind die frisch konzipierten **Einstiegsqualifizierungen für Quereinsteiger_innen (EQQ)**. Bei der Planung hat sich die Verwaltungsschule von traditionellen Seminarmodellen gelöst und versucht, sich an den arbeitsbezogenen Lebenslagen der neuen Mitarbeiter_innen zu orientieren, als Verwaltungs- und damit als Staatsbeschäftigte im Allgemeinen, als Be-

schäftigte in der Bremer Verwaltung im Besonderen und als Mitarbeiter_innen im öffentlichen Dienst. Besonders herausfordernd sind die Heterogenität der Zielgruppe, ihre knappe Zeit neben dem Einsatz an „Brandstellen“ der Verwaltung und die erforderliche enge Kooperation mit den dezentralen Qualifizierungen.

- Anerkennend erwähnt wurden die Schüler_innen-Aktivitäten im Zusammenhang mit **Schule ohne Rassismus/ Schule mit Courage**. In diesem Kontext ist u.a. eine Patenschaft mit dem Übergangswohnheim der AWO an der Falkenstraße entstanden, an der auch die Verwaltungsschullehrkräfte teilhaben. Jeden Mittwochnachmittag bieten sie ehrenamtlich für Geflüchtete zwei Stunden „Deutsch-Kommunikation“ an – mit großem Gewinn für beide Seiten.

Die Schulkonferenz nimmt den Jahresbericht 2014/ 2015 zur Kenntnis und beschließt einstimmig die Jahresplanung 2015/ 2016.

TOP 3 Selbstevaluation 2014/2015

Dr. Patricia Grashoff stellt die Kernaussagen der vorliegenden Ergebnisse der Evaluation 2014/ 2015, die im Mai 2015 durchgeführt wurde, vor. Das Gesamtergebnis wird den Mitgliedern der Schulkonferenz ausgehändigt.

Dr. Patricia Grashoff stellt die allgemeine Zielsetzung der Evaluation dar und weist auf folgende Punkte besonders hin:

- Die Antworten zeigen, wie schon in den Vorjahren, eine insgesamt sehr positive Tendenz. So **gehen** 86% der Schüler_innen **gern auf die Verwaltungsschule**. Dies dokumentiere die kontinuierlich gute Arbeit der Verwaltungsschule.
 - Bei den **freien Antworten** wurden von den Schüler_innen u.a. die Arbeit im Sekretariat, die durchgeführten Gesundheitstage, die Offenheit der Lehrkräfte für Anliegen der Schüler_innen, die Cafeteria, das Engagement der nebenamtlichen Lehrkräfte als besonders positiv herausgestellt. Negativ bewertet wurden hingegen u.a. der Sportunterricht, die Ausstattung des B206, die mangelnde Information über Stundenplanänderungen, die Ausstattung der Klassenräume sowie die fehlende Abstimmung der Lehrkräfte in einzelnen Fächern.
 - Die Frage, ob die Schüler_innen in ihren Klassen **freundlich miteinander umgehen**, beantworteten 89% als positiv. Auch der Umgang mit anderen Klassen wurde mit 87% als positiv bewertet.
 - Die **gegenseitige Unterstützung** in den Klassen bewerteten die Schüler_innen zu 79% als positiv.
 - Ganze 92% positiver Bewertungen gab es bei der Frage, ob die **Lehrer_innen** den Schüler_innen **gute Leistungen zutrauen**.
 - Die Antworten auf die Frage nach der **Transparenz der Bewertung** waren 2015 deutlich positiver als im Vorjahr (84% „trifft zu/trifft überwiegend zu“ gegenüber 70% im Vorjahr). Auf diesen Aspekt hatte sich das Kollegium nach der letzten Evaluation besonders konzentriert.
 - Mit Blick auf die nächste Evaluation soll vor allem die **Abstimmung der Lehrkräfte** miteinander in den Klassen verbessert werden. Hier gab es nur 62% positive Antworten.
 - Deutlich besser waren dagegen die Bewertungen von **Unterrichtsstruktur** (88% positive Antworten) und **Unterrichtsgestaltung** (92% positive Antworten).
 - Bei der Frage, die sich mit **Verknüpfung von Theorie und Praxis im Unterricht** befasst, gab es immerhin eine leichte Verbesserung: 66% der Schüler_innen bewerteten die Verknüpfung als positiv im Gegensatz zu 59% in der letzten Evaluation. Negativer bewertet wurde hingegen die **Vorbereitung auf die Praxis in den dazugehörigen Lernfeldern** (60% positive Antworten). Die **Vorbereitung der Schule auf den Beruf** sahen allerdings wieder 83% der Schüler_innen als positiv an.
- Dr. Patricia Grashoff betont, dass insgesamt in diesem Bereich nach wie vor Verbesserungsbedarf besteht. Sie weist aber darauf hin, dass eine optimale Verknüpfung von Theorie und Praxis auch von der Beschaffenheit der praktischen Ausbildungsplätze abhängig ist. Passung und Qualität könne jedoch nicht immer gewährleistet werden.
- Die nach **Altersgruppen** und nach **Geschlechtern** differenzierten Teilergebnisse ergaben in diesem Jahr keine auffälligen Abweichungen.

Die **klassenbezogenen Auswertungen** werden mit den jeweiligen Klassen erfolgen bzw. sind bereits erfolgt. Die differenzierten Ergebnisse nach **Ausbildungsgängen** werden mit den Auszubildenden erörtert.

Holger Wendel betont abschließend noch einmal den Optimierungswillen der Verwaltungsschule und den Nutzen, den das relativ aufwändige Evaluierungsverfahren für den Qualitätsmanagementprozess habe.

TOP 4 Verschiedenes

Holger Wendel informiert die Schulkonferenz über die vom Kollegium für das Schuljahr 2016/ 2017 beschlossene Konkretisierung der **Schulferienregelung**.

Holger Wendel informiert die Schulkonferenz darüber, dass Kollegium und Schulleitung sich verstärkt für **gendersensible Sprache** an der Verwaltungsschule einsetzen werden. Sprachliche Ignoranz und vermeintliches "Mitmeinen" der Frauen in rein männlich formulierten Texten seien für sie nicht länger akzeptabel. Die vollständige Fassung der Verständigung zur gendersensiblen Sprache wird den Mitgliedern der Schulkonferenz ausgehändigt.

Holger Wendel weist die Schulkonferenz insbesondere auf folgende Punkte der getroffenen Verständigung hin:

- Es wird darauf geachtet, gendersensibel zu sprechen und zu schreiben, und dies wird auch von den Schüler_innen und den an den Fortbildungslehrgängen Teilnehmenden erwartet, auch und gerade in Prüfungsarbeiten.
- Gendersensibles Sprechen und Schreiben wird in den Lehrveranstaltungen thematisiert.
- Die Verwendung ausschließlich männlicher Formen, wenn auch Frauen gemeint sind, wird als Ausdrucksfehler bewertet.
- Die Verwaltungsschule schließt sich ausdrücklich den Orientierungen zu gendergerechter Sprache für die Hochschulen im Lande Bremen an.
- In der Schriftform können der Gender-Gap oder der Gender-Star verwendet werden.

Holger Wendel weist außerdem darauf hin, dass diese Herangehensweise nicht nur mit der Beschlusslage des Senats zur Sprache der Bremer Verwaltung, sondern auch mit den Empfehlungen der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und dem 2014 vom Senat beschlossenen Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen übereinstimmt. Im Übrigen sehe der Rat für deutsche Rechtschreibung am Institut für Deutsche Sprache in Mannheim, die seit der großen Rechtschreibreform 1996 diesbezüglich „letzte Instanz“, in Gender-Gap und Gender-Star als typografischen Gestaltungsmöglichkeiten keinen Verstoß gegen orthografische Regeln. Dies sei hervorzuheben, da sich die Verwaltungsschule selbstverständlich den Rechtschreibregeln verpflichtet fühle.

Herr Wendel dankt für die Teilnahme und schließt die Sitzung um 17:20 Uhr

Für das Protokoll

Katja Lessing